

Anlage 1

Erweiterte Ergebnisplanung für den Schutzschirmzeitraum 2017 bis 2022

Auf Basis der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2018 ergeben sich für den Ergebnishaushalt der Jahr 2019 - 2022 folgende neue Planwerte bei den Erträgen und Aufwendungen

Erträge

Beträge in 1.000 Euro

KVKR	Arten der Erträge	erweiterter Planungszeitraum					
		2017	2018	2019	2020	2021	2022
50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.939	567	700	700	700	700
51	Öffentlichrechtliche Leistungsentgelte	15.258	15.215	14.900	15.000	15.100	15.100
548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	14.174	13.627	13.450	13.450	13.450	13.450
52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0		0	0	0	0
5500	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	29.760	32.530	34.250	36.260	38.375	40.100
5504	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	7.700	8.900	8.700	8.900	9.100	9.300
5551	Grundsteuer A	65	65	65	65	65	65
5552	Grundsteuer B	20.600	20.800	21.000	21.200	21.400	21.600
5553	Gewerbsteuer	28.000	24.000	24.000	25.000	26.000	26.000
5554	Grunderwerbssteuer	0	0	0	0	0	0
5559	Andere Steuern	870	815	815	815	815	815
558	Erträge aus Umlagen	0	0	0	0	0	0
55..	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0	0
547	Erträge aus Transferleistungen	2.775	2.784	2.900	3.000	3.100	3.200
540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen	49.076	52.536	61.100	66.600	68.100	70.000
	Schlüsselzuweisung	40.475	41.485	49.100	54.620	56.100	58.000
546	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträgen	2.479	2.955	3.000	3.000	3.000	3.000
53	Sonstige ordentliche Erträge	3.626	3.712	3.400	3.400	3.400	3.400
Summe der ordentlichen Erträge		185.322	178.506	188.280	197.390	202.605	206.730

Aufwendungen

Beträge in 1.000 Euro

KVKR	Arten der Aufwendungen	erweiterter Planungszeitraum					
		2017	2018	2019	2020	2021	2022
62,63,640-643,647-649,65	Personalaufwendungen	48.373	49.363	53.400	55.800	56.800	58.100
644-646	Versorgungsaufwendungen	6.307	7.050	6.950	6.950	6.950	6.950
60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.138	33.216	33.200	33.200	33.200	33.200
66	Abschreibungen	9.509	10.399	10.400	10.400	10.400	10.800
71,76	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	25.344	26.097	26.000	26.200	26.400	26.400
73	1) Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	30.548	32.753	33.311	33.412	34.660	36.200
	darunter: Kreisumlage	22.435	25.371	25.900	27.560	28.690	30.300
72	Transferaufwendungen	15.107	17.334	17.350	17.550	17.750	17.950
70,74	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.119	6.848	6.850	6.950	7.000	7.000
Summe der ordentlichen Aufwendungen		187.445	183.060	187.461	190.462	193.160	196.600
Verwaltungsergebnis		-2.123	-4.554	819	6.928	9.445	10.130
56,57	Finanzerträge	1.107	574	550	730	980	1.200
77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen 2)	11.414	8.012	6.300	7.000	7.600	8.100
Finanzergebnis		-10.307	-7.438	-5.750	-6.270	-6.620	-6.900
Ordentliches Ergebnis		-12.430	-11.992	-4.931	658	2.825	3.230
	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis		0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis		-12.430	-11.992	-4.931	658	2.825	3.230
maximale Defizithöhe gemäß Entschuldungsfondsvertrag		-14.691	-12.441	-10.100	-4.900	-2.200	0
Jahresergebnis ohne Berücksichtigung der nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen 3)		-5.769	-3.775	3.242	8.831	10.998	11.803
Tilgungsauszahlungen		-6.369	-6.600	-8.800	-9.800	-10.900	-11.700
Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen		-12.138	-10.375	-5.558	-969	98	103

1) Die Gewerbesteuerumlage reduziert sich ab dem Jahr 2020 um 29 Punkte.

2) Mit der Teilnahme an der Hessenkasse reduziert sich der Zinsaufwand für Kassenkredite ab 1.7.2018 um rd. 50%. Der Tilgungsbeitrag der von den Stadt in Höhe von 25 € je EW zu leisten ist, ist ab 2019 im Finanzhaushalt veranschlagt. Zur Vermeidung von neuen Kassenkrediten wird dieser Betrag aber voraussichtlich erst nach dem Jahr 2022 zu leisten sein.

3) Jahresergebnis zzgl. Abschreibungen, abzgl. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie zzgl. per Saldo Zuführungen an Rückstellungen in Höhe von 773 TEUR.

Anlage 2

Bericht über die Umsetzung der Konsolidierungsbeschlüsse auf Basis des "Gemeinsamen Antrages zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Russelsheim" der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Stand 5.10.2017

Maßnahmen gemäß Ziffer 1 Absatz 1 Satz 1 - Umsetzung durch Magistrat ohne weitere Vorlagen

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungspotential (l. Schülermann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungspotential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017
6	Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag sowie an der Kerb	200.000	I	Die mit dem Gesamtpersonalrat geschlossene Dienstvereinbarung über die Gewährung von Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge wurde mit Wirkung vom 16.06.2016 geändert. Die Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag und der Kerb wurde aufgrund des nicht vorhandenen Konsolidierungspotenzials bisher nicht umgesetzt.	0				
7	Schaffung von verbindlichen Regelungen zum Rauchen am Arbeitsplatz, insbesondere zu Raucherpausen	450.000	I	Regelungen zum Rauchen am Arbeitsplatz, insbesondere zu Raucherpausen wurden bisher aufgrund des nicht vorhandenen Konsolidierungspotenzials nicht umgesetzt. Eine Entscheidungsvorlage steht noch aus. Umsetzung nach 2017	0		X		
11	Kosten des Geschirrmobils werden an die Nutzer weitergereicht	2.500	I	Zum Wintersemester eingestellt	2.500	X			X
12	Wegfall des Begrüßungsgeldes an die Studenten	7.000	I	Bei der Stadt Russelsheim erhalten die Mitglieder von Wahlvorständen das Erfrischungsgeld in gleicher Höhe um einen Anreiz für die	7.000	X			
18	Reduktion der Erfrischungsgelder	6.300	I	Zurverfügungstellung als Wahlhelferinnen und Wahlhelfern zu schaffen. Das Erfrischungsgeld wurde durch die 11. Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 24.03.2017 auf 35 € erhöht.	0				
21	Einführung eines Entgelts für die Ferienbetreuung von 35 € pro Woche	14.000	II	DS 363/11-16	12.600	X			
23	Erhöhung der Acker-, Garten-, Jagd- und sonstigen Pachten bzw. Mieten	30.000	I	beschlossen und umgesetzt	20.000	x/50%		X/100%	
43	Stärkung der Betreuung durch Tagespflegepersonen im Bereich U3	2.000	II	DS 360/11-16					
52	Überprüfung und ggf. Anpassung des Straßenbeleuchtungsvertrages	50.000	III	Der aktuelle Straßenbeleuchtungsvertrag läuft bis 31.12.2025. Änderungen können erst im Zuge von Neuverhandlungen ab 2026 vorgenommen werden.	0				X
56	Intensivierung der Werbemaßnahmen Dritter	30.000	III	Der Magistrat hat im Jahr 2014 einen neuen Werbenutzungsvertrag mit Vertragsbeginn 2015 abgeschlossen. Die Mehreinnahmen werden über mehrere Jahre hinweg sukzessive erfolgen.	20.000	X	X	X	
58	Schaffung klarer Aufgabenstrukturen und Standards bei der Beauftragung des Betriebsfonds	50.000	I	Vorerst zurückgestellt durch die Gründung der AoR.	?				
74	Überprüfung der Öffnungszeiten der Stadtbücherei (Wann kommt der Bürger?)	0	II	530/11-16					
84	Einstellen der Internetseite "kulturportal-russelsheim.de"	25.000	II	DS 373/11-16	6.000	X			
85	Reduktion des Blumenschmucks in der Gesamtverwaltung	45.000	I	Umgesetzt	45.000	X	X		
86	Aufgabe des EDV-Schulungsraums im Rathaus und Kooperation mit der vhs	2.000	I	Umsetzung ab 2015	2.000	X			
87	Darstellung der aufgelaufenen Kosten bei Planungen, die nicht weiter verfolgt werden	30.000	III	Ist umgesetzt. Berichterstattung erfolgt anlaßbezogen.	0				
Summe:					943.800				115.100

Maßnahmen gemäß Ziffer 2 - Umzusetzen nach Einzelbeschluss durch die Stadtverordnetenversammlung

Id. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungspotential (t. Schülermann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungspotential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017
2	Seniorenbeirat wird zukünftig von der SV ernannt; die Wahlen entfallen	0	I	Gemäß Beschluss der SV am 02.06.2016 zur DS 26/16-21 (Wahl der Seniorenvertretung/des Seniorenbeirats) wird der Seniorenbeirat per Direktwahl gewählt.					
4	Maßnahmen der Personalgewinnung, -entwicklung und -förderung	125.000	I		0	laufend			
5	Umsetzung struktureller Maßnahmen in der Personalentwicklung	190.000	I		0	laufend			
9	Reduktion der Aufwendungen für die städtepartnerschaftlichen Treffen und ähnl. Veranstaltungen	9.000	I						
10	Gründung eines Vereines zur Pflege der Städtepartnerschaften	100.000	I	Ein städtepartnerschaftlicher Verein würde keine oder kaum Kostensparungen bringen. Zum einen, weil offizielle Delegationsbesuche aus den Partnerstädten weiterhin von der Stadtverwaltung organisiert und begleitet werden müssten, zum anderen, weil der Verein durch Mittel der Stadt alimentiert werden und ein oder eine Geschäftsführer/in von der Stadtverwaltung gestellt werden müsste. Das von der Fa. Schülermann erdachte Konsolidierungspotential ist für den FB Zentrales nicht nachvollziehbar.	10.000			X	
15	Senkung der Standards bei und der Anzahl von protokollarischen Veranstaltungen	32.000	I	Die Standards wurden bereits soweit möglich reduziert. Eine Reduzierung des HH Ansatzes erfolgte daher im Zuge der HH Beratungen für 2017. Der Ansatz wurde von 50.000 € auf 24.500 € gesenkt.				X	
17	Bürgerfreundlichkeit im Stadtbüro neu konzeptionieren	0	I	Die Stadtbüros der Stadt Rüsselsheim am Main sind sehr stark frequentiert. Aufgrund des hohen Besucheraufkommens bestehen derzeit (lange) Wartezeiten. Zur Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit ist ein neues Konzept, als auch eine Aufstockung des Personals unumgänglich. Ein entsprechender Bericht wird im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2018 vorgelegt werden.	25.500				
19	Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Feuerwehr	16.000	I			X			
20	Erhöhung der Gebühren für die Betreuungsschule	50.000	II		90.000	X			
22	Anpassung der Gebührensatzung für die Leistungen der Bauaufsicht	100.000	III		100.000	X			
24	Erhöhung der Gebühren für Sondernutzungen	50.000	III						
25	Einführung einer neuen Gebühr/Gebührenklasse für die Straßenreinigung und den Winterdienst bzw. alternativ Verzicht auf die "freiwilligen" Leistungen und konsequente Anwendung der Satzung über Straßenreinigung und den Winterdienst von 1987	200.000	SBHR/III	Umgesetzt: Die Sondernutzungsgebühren wurden zum 01.01.2017 durch Änderung der Satzung angepasst. Aufgrund des Übergangs der Tätigkeiten Straßenreinigung und Winterdienst in den Verantwortungs- und Organisationsbereich der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR hat das Dezernat III in diesem Bereich keine Befugnisse. Die Maßnahme kann nur von der Städteservice Rüsselsheim/Raunheim AöR beurteilt werden.	10.000			X	
					?				

Maßnahmen gemäß Ziffer 3 - Entscheidung zur Umsetzung erst nach Vorlage einer Drucksache

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungspotential (lt. Schüllerermann)	Zuständiges Dezernat	Sachstandsbericht	Konsolidierungspotential (geprüft)	Umsetzung in 2015	Umsetzung in 2016	Umsetzung in 2017	Umsetzung nach 2017	
13	Streichung der kostenfreien Veranstaltungen im Rathaus und in städtischen Räumen von Dritten	5.000	I	Nutzungsordnung für das Rathaus vom Magistrat beschlossen	2.500	X				
14	Wegfall Sportlehreung	25.000	I	Vertrag mit dem Sportbund gekündigt. Durchführung in eigener Regie mit Sponsorenbeteiligung.						
16	Schließung der Stadtbüros in Bauschheim und Königstädten	0	I	Gemäß Beschluss der SV am 26.03.2015 zur DS 478/11-16 (Umorganisation der Stadtbüros Königstädten und Bauschheim ab 31.03.2015) wurden die beiden Stadtbüros am 31.03.2015 geschlossen.	19.600	X				
26	Verdopplung der Parkgebühren	420.000	I und III	Maßnahmen wurden aufgrund des Hessentages zurückgestellt. Das tatsächliche Konsolidierungspotential wird derzeit geprüft.	?	X			X	
27	Veräußerung der P + R Anlage	5.100	I und III			X				X
28	Pachtverträge für die Parkhäuser prüfen, ggf. Veräußerung oder Übertragung auf die Betriebsgesellschaft (Tiefgarage Löwenplatz)	30.000	III							X
29	Pachtverträge für die Parkhäuser prüfen, ggf. Veräußerung oder Übertragung auf die Betriebsgesellschaft (Parkdeck Frankfurter Strasse)	30.000	III							
30	Erhöhung der Marktgebühren	6.000	I	Der Magistrat wird derzeit keine Erhöhung der Marktgebühren vorschlagen. In den letzten zwei Jahren mussten die Wochenmarktbesucher aufgrund der Umbaumaßnahmen Marktplatz sowie aufgrund des Hessentages mehrfach ihren Standort bei Beibehaltung der Marktgebühren wechseln. Deshalb ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Erhöhung gegenüber den Wochenmarktbesuchern nicht zumutbar.				X		
48	Dauerhafte Schließung des Lachebades	400.000	I	Neubaubeschluß wurde gefaßt	0			X		
49	Schließung von Spielplätzen	80.000	I			Übertragung an die Gewobau ist erfolgt.	60.000			
53	Kündigung Vertrag Carsharing-Fahrzeuge	7.500	III	Vertrag ist ausgelaufen. Zahlung erfolgt auf der Basis der tatsächlichen Nutzung	7.500				7.500	
54	Reduktion ÖPNV-Angebot	430.000	III	DS 424/11-16	142.000	X				

55	Erhöhung Fahrpreise ÖPNV		100.000	III	Im Sommer 2013 durch den RMV beschlossen. Höhere Fahrpreise werden seit 2014 erhoben	100.000			
68	Schließung der Musikschule		783.000	II	DS 377/11-16 Keine Schließung aber durch Veränderungen jährliche Einsparpotentiale bis 2021 in der Gesamtsumme von 230.000 €	230.000	X	X	X
70	Konzentration der Musikschule auf Angebote für Kinder und Jugendliche bzw. kostendeckende Entgelte für Einzel- und Erwachsenenunterricht		0	II	DS 377/11-16				
73	Tatsächlicher Übergang der Stadtbibliotheken auf Vereine ohne städt. Zuschuss		100.000	II	107/16-21	0			
82	Reduktion der freiwilligen Leistungen		0	I, II und III	noch offen				
83	Erhöhung der Kostendeckungsgrade im Bereich der freiwilligen Leistungen		0	I, II und III	noch offen				
Summe:			2.421.600		Summe	561.600			

Gesamtsumme der Konsolidierungsmaßnahmen:

5.366.400

1.071.200

Maßnahmen gemäß Ziffer 4 - Maßnahmen die aktuell abgelehnt werden

lfd. Nr.	Maßnahme	Konsolidierungs- potential (t. Schüllermann)	Zuständiges Dezernat
1	Wegfall der Ortsbeiräte	40.000	I
3	Entschädigung für die ehrenamtlich Tätigen und Reduktion der Anzahl der Sitzungsrunden	55.000	I
34	Übertragung Museum auf Verein	0	II
36	Reduktion der Aufgaben des Stadtarchivs	12.500	II
37	Schließung des "Hauses der Senioren"	100.000	II
38	Übergabe der Trägerschaft des "Hauses der Senioren" ohne städtische Bezuschussung	100.000	II
39	Übergabe der Trägerschaft des "Hauses der Senioren" mit städtischer Bezuschussung	50.000	II
40	Erhöhung der Gebühren für die Kinderbetreuung	290.000	II
44	Betreuungsangebote in den Kitas an die Mindestvorgaben nach dem HKJGB/KiFöG anpassen - Gruppengroße	100.000	II
45	Betreuungsangebote in den Kitas an die Mindestvorgaben nach dem HKJGB/KiFöG anpassen - Betreuungsschlüssel	2.092.000	II
59	Reduktion des Zuschusses an die Stiftung Opel-Villen	24.000	II
60	Verzicht und Einstellen der kommunalen Wirtschaftsförderung	250.000	I
63	Schließung und Aufgabe öffentlicher Toiletten	170.000	III
65	Schließung des Theaters	800.000	II
72	Schließung der Stadtbücherei	1.200.000	II
76	Reduktion von Medienbeschaffungen	20.000	II
79	Anpassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer	500.000	I
81	Jährliche Erhöhung der Grundsteuer B um die Inflation	400.000	I

Anmerkung: Im Haushaltsplan 2016 sind HHMittel im Ergebnis- als auch Finanzhaushalt zum Neubau bzw. zur Sanierung von öffentlichen Toilettenanlagen etatisiert

Summe:

6.203.500